



EDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

729

4. Mai 1983

Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene  
Paris, 9./10. Mai 1983

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 27. April 1983  
 (Beilage)  
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht  
 vom 3. Mai 1983 (Zustimmung)  
 Finanzdepartement. Mitbericht vom 2. Mai 1983 (Beilage)  
 Volkswirtschaftsdepartement. Stellungnahme vom  
 2. Mai 1983 (Zustimmung)

Gestützt auf den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements und  
 auf das Mitberichtsverfahren hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Der vorgelegte Bericht wird im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene in Paris vom 9./10. Mai 1983 genehmigt.
2. Die Delegationsleitung wird dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren

P.R. Jolles, Staatssekretär für Aussenwirtschaft

J. Zwahlen, Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris

K. Jacobi, Delegierter für Handelsverträge, Bundesamt für Aussenwirtschaft

B. von Tscherner, Delegierter für Handelsverträge, Bundesamt für Aussenwirtschaft

D. Kaeser, Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung

J. Failletaz, Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA

P. Aenishänslin, Chef des OECD-Dienstes, Bundesamt für Aussenwirtschaft.




3. Das Taggeld für die Mitglieder der Delegation wird im Einvernehmen mit dem Eidg. Personalamt festgelegt.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilage):

- EVD 10 zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EFD 7 " "

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

1. Der vorgesehene Bericht wird im Sinne von Richtlinien für die  
 schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates  
 auf Ministersebene in Paris vom 8./10. Mai 1982 genehmigt.  
 2. Die Delegationsleitung wird dem Vorstand der Volkswirt-  
 schaftsdirektion übertragen, der sich beteiligen lassen  
 wird von den Herren  
 P. R. Joller, Staatssekretär für Ausseiwirtschaft  
 J. Zwahlen, Chef der Schweizerischen Delegation bei  
 der OECD, Paris  
 K. Jacobi, Delegierter für Handelsverträge, Bundesamt  
 für Ausseiwirtschaft  
 R. von Tschann, Delegierter für Handelsverträge,  
 Bundesamt für Ausseiwirtschaft  
 D. Käser, Vize-Direktor der Eidg. Finanzverwaltung  
 J. Fallieras, Chef des Finanz- und Wirtschafts-  
 dienstes, EDA  
 P. Aeschbacher, Chef des OECD-Dienstes, Bundesamt für  
 Ausseiwirtschaft.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

AUSGETEILT

Bern, 27. April 1983

An den B u n d e s r a t

Tagung des OECD-Rates auf Ministerienebene  
 Paris, 9./10. Mai 1983

---

1 Allgemeines

Der OECD-Rat wird seine Tagung auf Ministerienebene am 9./10. Mai 1983 unter der Präsidentschaft Luxemburgs (Japan und die Schweiz stellen die Vizepräsidenten) am Sitz der Organisation in Paris abhalten. Die diesjährige Ministerkonferenz ist von fünf Gesichtspunkten her von besonderem Interesse:

Sie findet zunächst zu einem Zeitpunkt statt, in dem sich in weltwirtschaftlich führenden Ländern die Voraussetzungen für einen konjunkturellen Wiederaufschwung verbessert haben, wobei das Ausmass und die Dauerhaftigkeit der Erholung noch ungewiss sind. Die OECD-Länder stehen deshalb in ihrer Gesamtheit vor der nicht leichten Aufgabe, den Uebergang zu einem nichtinflationären und anhaltenden Wachstum sowie einer höheren Beschäftigung sicherzustellen. Dabei gehen die Auffassungen der einzelnen Mitgliedstaaten über den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs erneut auseinander.

Zweitens ist die seit letztem Jahr ins Rampenlicht gerückte, schwierige Verschuldungslage grosser Entwicklungsländer zu erwähnen, welche das internationale Finanzsystem und die Zusammenarbeit zwischen den OECD-Ländern, den betroffenen

Schuldnerstaaten und dem Privatbankensystem auf eine harte Bewährungsprobe stellen. Zu grosser Besorgnis gibt auch die Verschlechterung des handelspolitischen Klimas und die Zunahme protektionistischer Massnahmen zahlreicher OECD-Länder Anlass, die vor allem der sog. Grauzone zuzurechnen sind (Selbstbeschränkungsabkommen, Marktaufteilung etc.). Ohne die Offenhaltung der Märkte und die Beseitigung struktureller Schwachstellen wird ein selbsttragender und dauerhafter Wirtschaftsaufschwung in den OECD-Ländern nicht möglich sein.

Drittens fügt sich die Ministerkonferenz in die Vorbereitung des neunten Wirtschaftsgipfels der sieben grössten westlichen Industriemächte vom 29. - 30. Mai 1983 in Williamsburg (USA) ein. Wie in früheren Jahren sollte die OECD-Tagung wertvolle Impulse liefern können für die Beratungen der Staats- oder Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans und der vier grössten EG-Länder und den Nicht-Gipfelländern zudem ermöglichen, ihre Ansichten zu den für sie wichtigen Traktanden des kommenden Gipfels darzulegen, die sich von denen der OECD-Ministerkonferenz kaum merklich unterscheiden. Die Schweiz wird einmal mehr im Interesse der Zusammenarbeit unter allen marktwirtschaftlichen Industrieländern die Zusammenhänge zwischen den OECD-Aktivitäten und den Gipfeln hervorheben und vor einer Auslöschung der normalen internationalen Wirtschaftskooperation in den bestehenden Institutionen warnen.

Viertens findet die OECD-Ministerkonferenz im zeitlichen Vorfeld der im Juni in Belgrad stattfindenden UNCTAD VI statt, wo der gegenwärtig eher stockende Nord-Süd-Dialog wieder in Gang gebracht und Fortschritte in konkreten Sachfragen gemacht werden sollen.

Fünftens wird die OECD-Tagung unter dem Eindruck starker amerikanischer Bemühungen stehen, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen gründlich zu durchleuchten und teilweise restriktiv

tiver zu gestalten, was auf den Widerstand westeuropäischer Länder stösst.

Inhaltlich werden sich die Beratungen der OECD-Ministerkonferenz um drei bzw. vier grosse Themenkreise gruppieren:

- Wirtschaftsaussichten, wirtschafts- und währungspolitischer Kurs
- Globale Interdependenz, unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern: Verschuldungsprobleme, Handel, Entwicklungshilfe
- Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
- Handelspolitik (kein eigenständiger Tagungspunkt, kann aber von den Mitgliedsländern separat angesprochen werden und kommt im übrigen unter allen drei Traktanden zur Sprache).

## 2 Wirtschaftsaussichten und wirtschaftspolitischer Kurs<sup>1)</sup>

### 21 Wirtschaftsaussichten

Nach einer rund 3 Jahre währenden Phase wirtschaftlicher Stagnation und Rezession in den westlichen Industriestaaten haben sich in jüngster Zeit in einer Reihe weltwirtschaftlich führender Länder erfreulicherweise die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Erholung verbessert. Zu erwähnen sind insbesondere die über Erwarten raschen Fortschritte in der Teuerungsbekämpfung, eine verbreitete Rückbildung der nominalen Zinssätze bei allerdings noch hohen Realzinsen, der Ölpreisrückgang sowie die Verbesserung der Ertragsbilanzen.

Noch ist der Aufschwung nicht gesichert, und die Stimmung ist vielfach besser als der effektive Zustand der Wirtschaft. Unsicherheit herrscht namentlich über die künftige Entwicklung der Zinsen und der Wechselkurse sowie ganz allgemein

1) Hinsichtlich der Energieprobleme sei auf die IEA-Ministertagung am Sitz der OECD in Paris vom 8. Mai 1983 verwiesen.

über die aussenwirtschaftlichen Perspektiven und hier ganz besonders über das Importverhalten der OPEC-Staaten im Zuge der veränderten aussenwirtschaftlichen Positionen sowie vieler hochverschuldeter Nicht-Oel-Entwicklungsländer. Bekanntlich bildete die Nachfrage aus diesen Regionen ab Mitte der 70er-Jahre die massgebliche Stütze der Konjunktur im OECD-Raum.

Während der Aufschwung in den USA in den letzten Monaten bereits eingesetzt hat und die japanische Wirtschaft einen bescheidenen Wachstumsrhythmus beibehält, hinkt die Entwicklung in Westeuropa deutlich nach. Nach Auffassung der Experten des OECD-Sekretariates soll das Wachstum in den Industriestaaten insgesamt im laufenden Jahr 2 % und 1984 3 % erreichen. Im Lichte dieser Wachstumsaussichten dürfte die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern - mit der einzigen wesentlichen Ausnahme der USA - bis 1984 weiter steigen und dannzumal im Durchschnitt der OECD-Länder 9 1/2 % erreichen.

## 22 Ausrichtung des wirtschafts- und währungspolitischen Kurses

Die Auffassungsunterschiede über die Natur der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten - Dominanz konjunktureller oder struktureller Faktoren - werden insbesondere bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Marschrichtung deutlich. Zwei Ansätze stehen sich gegenüber:

- a) Eine erste Richtung geht aus von der Erwartung, dass die Konjunkturerholung in Gang kommen wird, bzw. teils bereits eingesetzt hat. Sie empfiehlt, alles zu unterlassen, was die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte - der Unternehmer und Konsumenten - negativ beeinflussen und damit die Erholung erneut abwürgen könnte.

Zu dieser ersten Gruppe, die sich einer internationalen Abstimmung der Wirtschaftspolitiken - namentlich der Geld-

und Fiskalpolitiken - mit dem Ziel der Nachfragestützung widersetzt, dürften in erster Linie Länder wie die USA, die BRD und Grossbritannien zählen.

- b) Eine Nachfragestimulierung im Rahmen einer internationalen Aktion wird vor allem von Norwegen und anderen skandinavischen Ländern gefordert. Ausgehend von der gegenseitigen Abhängigkeit vertreten diese Länder die Auffassung, dass nur eine Nachfragestimulierung im Rahmen einer internationalen Konzertierung - unter Ausnützung der Multiplikatoreffekte - die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft in einem Masse zu verbessern vermöge, das dann in der Folge auch die Investitionen wieder anziehen lasse.

Nach den verfügbaren Unterlagen zu urteilen, wird das OECD-Sekretariat eine mittlere, gemässigte Position einnehmen. Im Zentrum steht die Forderung nach mittelfristiger Ausrichtung und Verstetigung des wirtschaftspolitischen Kurses.

Aehnlich wie vor Jahresfrist schlägt der OECD-Generalsekretär vor, den in den einzelnen Ländern in stark unterschiedlichem Masse zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum so differenziert auszunützen, dass die wirtschaftliche Erholung vorsichtig gestützt und in der Folge auch verstetigt werden kann. Dabei werden mit Blick auf die jeweilige Ausgangslage drei Gruppen von Ländern unterschieden:

- Eine Reihe von Ländern, die zusammen rund 70 % des OECD-Sozialproduktes erarbeiten - unter ihnen die USA, die BRD, Japan, England, Oesterreich, die Niederlande und die Schweiz - weisen danach im Rahmen der mittelfristigen Ausrichtung ihrer Politik neben der Konsolidierung der jüngsten Fortschritte in der Teuerungskämpfung durchaus Spielraum für eine vorsichtige Stärkung der realwirtschaftlichen Entwicklung auf.

- In einer zweiten Gruppe - sie umfasst neben Frankreich und Kanada den Grossteil der mittleren und kleineren Länder mit zusammen rund 20 % des OECD-Sozialproduktes - seien die Fortschritte in Strukturanpassung und Teuerungsbekämpfung noch ungenügend. Nur eine konsequente Fortführung der Sanierungsanstrengungen werde es diesen Ländern erlauben, am internationalen Wirtschaftsaufschwung teilzuhaben.
- Einer letzten Gruppe, u.a. südeuropäischer Länder, mit durchwegs noch sehr hohen Inflationsraten und entsprechend ausgeprägten strukturellen Verzerrungen, wird schliesslich empfohlen, sich einstweilen ausschliesslich auf die Bewältigung dieser Probleme zu konzentrieren.

Aus der Erkenntnis, dass strukturelle Probleme und Schwächen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft behindern, sondern bei anhaltend schwacher Konjunktur zufolge verstärkter Anpassungswiderstände noch akzentuiert werden, folgert der Generalsekretär der OECD, dass der wirtschaftliche Erholungsprozess nicht künstlich forciert werden dürfe.

Konkret wird eine Ausnützung vor allem des geldpolitischen Spielraums zu weiteren Zinssenkungen gefordert, wie er durch das rasche Sinken der Inflationsraten entstanden ist. Mit Blick auf die wachstumspolitische Bedeutung eines mittelfristigen Abbaus der öffentlichen Defizite ist dagegen der budgetpolitische Spielraum in den meisten Ländern wesentlich enger zu veranschlagen. In diesem Zusammenhang warnt das Sekretariat allerdings nachdrücklich davor, in diesem Bereich kurzfristig allzu ehrgeizige Sanierungsziele zu verfolgen. Hier dürften am ehesten Meinungsunterschiede an der OECD-Ministerkonferenz aufbrechen, da verschiedene europäische Partner - nicht aber die USA - den gegenwärtigen Kurs der deutschen Fiskal- und Budgetpolitik als zu restriktiv erachten.



Im Bereich ergänzender strukturorientierter Massnahmen werden namentlich die Einkommenspolitik - Forderung moderater Lohnabschlüsse, die die Inflation nicht zusätzlich anheizen sollen - sowie frühere Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik angesprochen.

Die Schweiz befindet sich an der diesjährigen Ministerkonferenz in einer guten Ausgangslage. Die Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik entspricht weitgehend der Marschrichtung, wie sie in die Empfehlungen des OECD-Generalsekretärs Eingang gefunden hat:

- im Zentrum steht eine Geldpolitik, die - moderat expansiv - prioritär auf die Bekämpfung der Inflation ausgerichtet ist und auch Erfolge aufzuweisen vermag;
- eine Budgetpolitik, die dem mittelfristigen Ausgleich des Bundesfinanzhaushalts verpflichtet bleibt;
- eine marktinduzierte Strukturanpassung;
- ein dezentraler Lohnfindungsprozess, der den sektoriellen Strukturproblemen angemessen Rechnung zu tragen vermag;
- Elemente einer Angebotspolitik, wie z.B. eine praxisorientierte Berufsausbildung sowie die Massnahmen zur Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung ("Impulsprogramme").

Die vom Parlament verabschiedeten Massnahmen zur Stützung der Nachfrage dürften wiederum die Zustimmung der Anhänger der vorerwähnten zweiten Strategie finden, auch wenn sie ihnen quantitativ zu wenig weit gehen. Wir werden allerdings darauf hinzuweisen haben, dass diese Massnahmen wegen ihrer massvollen quantitativen Bedeutung und infolge ihres subsidiären Einsatzes nicht in Widerspruch zur vorerwähnten grundlegenden wirtschaftspolitischen Marschrichtung unseres Landes stehen.

Die schweizerische Delegation kann sich mit den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des OECD-Sekretariates einverstanden erklären. Eine vermehrte mittelfristige Orientierung der Wirtschaftspolitik erscheint unerlässlich. Insbesondere muss sie darauf ausgerichtet werden, die strukturellen Wachstumshemmnisse allmählich abzubauen. Kurzfristige Massnahmen - zur vorsichtigen Stützung der realwirtschaftlichen Entwicklung - dürfen keinesfalls in Widerspruch zu dieser mittelfristigen Orientierung geraten. Andernfalls wird die Ueberwindung der tiefliegenden Vertrauenskrise bei Investoren und Konsumenten als unerlässliche Voraussetzung für eine Verstärkung der sich abzeichnenden Erholung gefährdet.

Ferner werden wir erneut unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass internationale Rückwirkungen der nationalen Wirtschaftspolitiken vermehrt in Rechnung gestellt werden.

In der Zielrichtung der mittelfristigen Orientierung des wirtschaftspolitischen Kurses ist es aus schweizerischer Sicht besonders wichtig, dass der sich abzeichnende zögernde Wirtschaftsaufschwung nicht durch neue protektionistische Massnahmen behindert, durch Turbulenzen an der Währungsfront gestört bzw. durch eine verminderte Effizienz des internationalen Krisenmanagements zur Bewältigung der vielfältigen Probleme der internationalen Verschuldung belastet wird.

Auf diesen drei Gebieten (Handel, Währung und Verschuldung) wäre die Intensivierung einer konstruktiven internationalen Zusammenarbeit zur Schaffung stabilerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen aus schweizerischer Sicht besonders dringend.

### 3 Interdependenz im Nord-Süd-Bereich

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer gewissen Ratlosigkeit über die im Nord-Süd-Dialog einzuschlagende Marschrichtung beschlossen die OECD-Staaten 1981, eine breitangelegte Studie über Probleme der weltwirtschaftlichen Interdependenz durchzuführen. Diese sollte die Querverbindungen zwischen den einzelnen Problembereichen wie Handel - Finanzen - Energie - Rohstoffe - Bevölkerung - Umwelt - Technologie aufzeichnen und damit eine Grundlage für Schlussfolgerungen über konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern legen. Die wertvollen Arbeiten des OECD-Sekretariates, die im Dokument "World Economic Interdependence and the evolving North-South Relationship" zusammengefasst sind, sowie die intensiven Diskussionen in der Nord-Süd-Gruppe und zahlreichen Komitees der Organisation haben zu einer schärferen Sicht der Nord-Süd-Problematik im Rahmen der weltwirtschaftlichen Interdependenz geführt. So traten etwa die Unterschiede in der Interessenlage der einzelnen Länder und Ländergruppen klar zu Tage; neben gemeinsamen Anliegen zeichneten sich auch Interessenkonflikte ab; ferner bestätigte sich, dass die weltwirtschaftlichen Veränderungen sowohl von Industrie- wie von Entwicklungsländern weitreichende Strukturanpassungen erfordern; schliesslich ging aus den Arbeiten auch klar hervor, dass ein nichtinflationäres und arbeitsplatzschaffendes Wachstum in den OECD-Staaten für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt unerlässlich ist, dass letztere aber auch einen eigenständigen und selbsttragenden Wachstumsprozess in Gang setzen müssen. Dieser wiederum stellt einen wichtigen Bestandteil geordneter und auf Ausgleich zwischen Nord und Süd abzielender internationaler Beziehungen dar.

Angesichts der sehr unterschiedlich gelagerten Haltungen der Mitgliedstaaten der Organisation über konkrete Massnahmen war

es bisher nicht möglich, gemeinsame Antworten auf die zahlreichen Forderungen der Entwicklungsländer im Nord-Süd-Dialog festzulegen. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass kein Staat, wenige Wochen vor dem Beginn der 6. Tagung der UNCTAD-Konferenz in Belgrad<sup>1)</sup>, seine Haltung allzu stark präjudizieren wollte.

Die Minister werden in dieser Situation ihre Absicht bekräftigen, bei den wirtschaftspolitischen Entscheiden zur Wiedererlangung eines nichtinflationären Wachstums den Nord-Süd-Aspekten Rechnung zu tragen, im Bewusstsein, dass eine verstetigte Entwicklung der Weltwirtschaft nicht ohne Wachstum der Entwicklungsländer erreicht werden kann. Dies setzt voraus insbesondere die Offenhaltung unserer Märkte für Produkte der Entwicklungsländer, eine grössere Stabilität der Wechselkurse, tiefere reale Zinssätze und die Bereitschaft, den Transfer von Ressourcen in Form von öffentlicher Hilfe und Krediten des privaten Bankensystems aufrechtzuerhalten bzw. zu erhöhen. Sollte sich diese Strategie nicht verwirklichen lassen, könnte die Verschärfung der Verschuldungslage zu einer eigentlichen Krise des internationalen Finanz- und Währungssystems führen.

Die Minister werden auch ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, die bevorstehende UNCTAD VI zu einem konstruktiven und offenen Dialog zu benützen. Dabei sollen weder ungerechtfertigte Hoffnungen auf weitreichende Massnahmen der Industriestaaten geweckt noch die bestehende Gesprächsbereitschaft der Entwicklungsländer durch eine unnötig restriktive Haltung der OECD-Staaten im Keime erstickt werden.

Die Schweiz misst dem multilateralen Dialog grosse Bedeutung bei. Dieser kann jedoch nur erfolgreich aufrechterhalten werden, wenn für die Probleme tatsächlich Lösungen erzielt werden.

---

1) Wir werden Ihnen Ende Mai einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten.

Für unser Land stehen die verstärkte Integration der Entwicklungsländer in das offene Welthandelssystem auf vertraglicher Basis, die Stabilisierung der Rohstoffmärkte und der Rohstoff Erlöse für die am wenigsten entwickelten Länder und die Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen internationalen Finanz- und Währungssystems im Vordergrund. Dies bedeutet, dass weiterhin ein beträchtliches Volumen an öffentlichen und privaten Finanzmitteln in die Entwicklungsländer fließen muss, bzw. dieses erhöht werden sollte. Was die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen betrifft, so dürfen die bestehenden internen Zwänge nicht übersehen werden. Die Schweiz schuldet es sich jedoch, auf internationaler Ebene ihren festen Willen zu bekräftigen, einerseits keine Abstriche in der Qualität ihrer Hilfeleistungen zu machen und andererseits zu einer schrittweisen Erhöhung derselben zu gelangen. Andernfalls würde sich unser Land in Widerspruch zu den Zielsetzungen der andern OECD-Länder stellen und die Erhaltung der Import- und Aufnahmefähigkeit der Entwicklungsländer sowie deren Möglichkeiten, ihren Schuldendienst zu leisten, gefährden.

#### 4 Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Seit vielen Jahren versteht sich die OECD auch als Forum, in dem die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen OECD und Staatshandelsländern anhand von eingehenden Studien des Sekretariats geprüft und diskutiert werden kann. Diese Arbeiten erstrecken sich auf Handel, Landwirtschaft, Finanzfragen, Technologietransfer usw. An den Ministertagungen der letzten Jahre wurden die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen stets sehr diskret behandelt. Das Thema wurde jeweils in der Tagesordnung nicht erwähnt, und in der Liste der Ministerbeschlüsse nahm es einen bescheidenen Platz ein. Die Minister begnügten sich mit kurzen, eher substanzarmen Aussagen.

Dieses Jahr sollen die Ost-West-Wirtschaftsfragen unter dem Druck der USA eine profiliertere Behandlung erfahren. Sie wurden als gesonderter Punkt in die Tagesordnung aufgenommen, und die USA möchten zweifellos, dass sich die Minister nicht darauf beschränken, von den laufenden Arbeiten der Organisation Kenntnis zu nehmen, sondern dass sie auch neue Impulse geben und in der Substanz einige Akzente setzen.

In der Tat sind in letzter Zeit nicht unbedeutende Veränderungen im Volumen, der geographischen Aufteilung, der Struktur, den Praktiken und den Finanzaspekten des Ost-West-Handels eingetreten. Es liegt ohne Zweifel auch in unserem Interesse zu prüfen, ob tatsächlich die jüngste Entwicklung sowohl makro- als auch mikroökonomisch neue Ungleichgewichte geschaffen hat, die sich zu den in den 70er-Jahren festgestellten Problemen gesellen. Ueberdies kann eine derartige gemeinsame Arbeit der OECD-Mitgliedländer den USA Elemente für eine ausgewogenere Einschätzung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen liefern.

Nach unserem Dafürhalten sollte jedoch die Befassung mit diesen Themen nicht auf Kosten der prioritären Aufgaben der OECD geschehen. Zudem ist darauf zu achten, dass sich diese Arbeiten auf rein wirtschaftliche Aspekte beschränken. Schliesslich sollte sich die vorgesehene Tätigkeit innerhalb von Grenzen bewegen, die die Freiheit der Einschätzung und des Handelns der Regierungen der Mitgliedländer wie auch der Unternehmen nicht beeinträchtigen.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auch anlässlich des Gipfeltreffens von Williamsburg zur Sprache kommen sollen. Es ist zu begrüßen, dass die Grundlagen für diese Diskussion in der OECD gelegt werden. Immerhin werden wichtige Teilaspekte auch anderswo behandelt: die Risiken steigender Energiebezüge aus

dem Osten in der IEA (Ministertreffen vom 8. Mai), die verstärkten Kontrollen des Technologietransfers in der NATO (Cocom), die Exportkredite in einem Sonderorgan der OECD wie auch bilateral. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen auch die Arbeiten des sog. "Pariser Clubs", wo die Verhandlungen über die Konsolidierung der Schulden Polens und Rumäniens geführt werden. Die Blockierung der Polen-Verhandlungen durch die USA wirkt sich in zunehmendem Masse negativ aus (de facto-Stundung). Möglicherweise bietet die OECD-Tagung Gelegenheit, auch dieses Thema kurz zur Sprache zu bringen.

## 5 Handelspolitik

Dem Ministerrat wird eine vom OECD-Handelskomitee vorbereitete Uebersicht über die wichtigsten Entwicklungen und Probleme im Bereich des internationalen Handels und der Handelspolitik vorliegen. Nicht zuletzt auf schweizerisches Betreiben hin wurde dieses Jahr wieder für die Minister ein derartiger Bericht vorbereitet, der die Periode Mai 1982 bis April 1983 abdeckt und ein Inventar der ergriffenen Massnahmen sowie eine Beurteilung der eingetretenen Entwicklungen durch das Handelskomitee enthält.

Die Bilanz sieht dabei nicht ermutigend aus, haben doch im Berichtszeitraum Schutzmassnahmen vor allem nichtkonventionellen Typs, die ausserhalb der GATT-Bestimmungen liegen, erneut stark zugenommen. Man denke nur an die Selbstbeschränkungsabkommen, die Japan von der EG anfangs dieses Jahres aufgezwungen worden sind, an die verwaltungstechnischen internen Massnahmen Frankreichs zur Bremsung der Importe oder an die Beschränkung der Stahl- und Autoeinfuhren durch die USA. Das Handelskomitee kommt immerhin zum Schluss, dass trotz der Erosionserscheinungen im offenen multilateralen Handelssystem in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld das offene Handelssystem im wesentlichen bewahrt werden konnte.

Kann die Tendenz nicht rückgängig gemacht oder zumindest aufgehalten werden, gegen konkurrenzfähige und namentlich auch produktivitätsmässig und technologisch fortgeschrittene Handelspartner mit Schutzmassnahmen aller Art vorzugehen, selbst mittels der Ausschüttung grosser interner Subventionen an die eigene Industrie, so würde dadurch die sich nunmehr abzeichnende Wirtschaftserholung empfindlich behindert. Das Handelskomitee appelliert deshalb an die OECD-Mitgliedländer, eine Kehrtwende zu vollziehen und die in letzter Zeit neu aufgebauten Handelsschranken sukzessive wieder abzuschaffen. Der Generalsekretär hat in seinem Papier an die Minister diese Forderung ebenfalls formuliert.

Gleichzeitig wird für die Offenhaltung und Stärkung des multilateralen Handelssystems von entscheidender Bedeutung sein, dass wichtige OECD-Länder den binnenwirtschaftlichen Gesundungsprozess weiterführen und die strukturelle Anpassung vollziehen, die allein eine erneute bzw. bleibende Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten garantieren.

Ferner wird auch von grosser Wichtigkeit sein, das Arbeitsprogramm namentlich der letztjährigen GATT-Ministerkonferenz in den vereinbarten Fristen effektiv auszuführen, damit in zentralen Sachfragen (wie der Schutzklauselproblematik oder des Agrarhandels) endlich Fortschritte bzw. Lösungen erzielt werden können.

Die schweizerische Delegation könnte diese Stossrichtungen uneingeschränkt unterstützen und namentlich auch nachdrücklich die entscheidende Bedeutung der Offenhaltung des Handelssystems für einen Wirtschaftsaufschwung und die Entspannung der Schuldenlage wichtiger Entwicklungsländer unterstreichen; gleichzeitig wäre auf den Eigenwert des offenen und multilateralen Handelssystems als eine treibende Kraft der Wirt-



schaft gerade auch in den marktwirtschaftlich ausgerichteten Industrieländern hinzuweisen. Die Rückkehr zu einem echten Multilateralismus und zu einer integralen Anwendung des GATT ist für uns von zentraler Wichtigkeit; die getreue Ausführung des Arbeitsprogramms im GATT gemäss den Beschlüssen der kürzlichen Ministerkonferenz hat hierfür einen entscheidenden Beitrag zu liefern. Die Schweiz könnte auch die Forderung nach einer besseren Berücksichtigung zwischen der makroökonomischen und der Handelspolitik unterstützen, was im übrigen bereits letztes Jahr von den Ministern der Organisation zur Aufgabe gemacht worden war.

\* \* \*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und im Einvernehmen mit den interessierten Departementen stellen wir Ihnen den

#### A n t r a g

1. Den vorstehenden Bericht zu genehmigen im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene in Paris vom 9./10. Mai 1983.
2. Die Delegationsleitung Herrn Bundesrat Furgler zu übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren

P.R. Jolles  
Staatssekretär für Aussenwirtschaft

J. Zwahlen  
Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris

K. Jacobi  
Delegierter für Handelsverträge  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

B. von Tscharnern  
Delegierter für Handelsverträge  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

D. Kaeser  
Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung

J. Faillettaz  
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA

P. Aenishänslin  
Chef des OECD-Dienstes  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

H. Jung

Beilage:

Pressecommuniqué (Entwurf)

Protokollauszug an:

- EDA (6)
- EFD (9)
- EVD (10)



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

730

3003 Bern, den 2. Mai 1983  
Berne, le

4 mai 1983

Ihr Zeichen / V. réf. / V. rif.

U. Zeichen / N. réf. / N. rif. 3322.425/83

AusgeteiltAn den Bundesrat

Rapport sur la 68e session de la Conférence internationale du Travail

Département de l'économie publique. Proposition du 8 avril 1983 (annexe)

Département de l'agriculture. Co-rapport du 21 avril 1983 (adhésion)

Département de l'intérieur. Co-rapport du 13 avril 1983 (adhésion)

zum Antrag des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 27.4.83;  
Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene, Paris, 9./10.5.83

Chancellerie fédérale. Co-rapport du 20 avril 1983 (adhésion)

Wir stimmen grundsätzlich zu, beantragen jedoch, das Beschlussesdispositiv durch eine neue Ziffer 3 wie folgt zu ergänzen:

"3. Das Taggeld für die Mitglieder der Delegation wird im Einvernehmen mit dem Eidg. Personalamt festgelegt."

Le rapport aux  
Conférence int  
fications suivantes:

page 44 du rapport français:

remplacer:

"constituerait une sérieuse brèche à" par

"ne serait pas compatible avec",

EIDGENOESSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Page 44 du rapport allemand:

biffer "einen starken Bruch"

remplacer "darstellen würde" par "nicht vereinbar"

*W. Ritschard*  
W. Ritschard

Publication:

Feuille fédérale

Extrait du procès-verbal:

- BK 4 (Br, FC, AC, Ro) pour exécution
- EVD 10 (GS 4, BIGA 6) " "
- EDA 6 (GS 2, DIO 2, DIP 2) pour connaissance
- EDI 4 (GS 2, BSV 2) " "
- EJPD 4 (GS 2, BJ 2) " "

Pour extrait conformes:  
Le secrétaire,